

Medien in der Lehrerbildung

* **Zurück zur Übersicht über den Themenschwerpunkt**

Ausgabe 12/2009

Ludwigsburger Beiträge zur Medienpädagogik

LUB@M 2009

Medienpädagogische Grundbildung für Lehramtsstudierende an den PHen in Baden-Württemberg

HORST NIESYTO

Der folgende Beitrag fasst die Bemühungen der Landesfachschaft Medienpädagogik in den vergangenen drei Jahren zusammen, die darauf abzielen, die medienpädagogische Qualifizierung von Lehramtsstudierenden an den Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs zu verbessern. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer medienpädagogischen Grundbildung für alle Lehramtsstudierenden. Diese Forderung ist angesichts der aktuellen, landesweiten Beratungen zur Neustrukturierung der Lehramtsausbildung besonders wichtig.

Initiative der Landesfachschaft Medienpädagogik

Die Landesfachschaft Medienpädagogik wurde 2006 gegründet und ist der Zusammenschluss der Lehrenden im Bereich Medienpädagogik der Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg. Ziel der Arbeit ist die Koordination des Medienpädagogik-Studiums an den beteiligten Hochschulen, die hochschulpolitische und bildungspolitische Vertretung der Medienpädagogik sowie der fachliche Austausch. Derzeit arbeiten in der Landesfachschaft KollegInnen der PHen aus Freiburg, Heidelberg, Ludwigsburg, Schwäbisch Gmünd und Weingarten mit, insbesondere aus erziehungswissenschaftlichen Instituten.

Da medienpädagogische Inhalte in der derzeit gültigen Prüfungsordnung (aus dem Jahre 2003) für die Lehrerausbildung (Bereich Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonderpädagogik) im erziehungswissenschaftlichen Bereich nur marginal verankert sind, befasste sich die Fachschaft mit dieser Frage und erstellte im Oktober 2006 eine Stellungnahme zur *Situation und Perspektiven der medienpädagogischen Qualifikation im Rahmen der Lehrerbildung (1. Phase)*. Die Stellungnahme geht auf die Bedeutung der Medien in der Lehrerbildung ein, skizziert die gegenwärtige Situation der medienpädagogischen Qualifizierung und entwickelt Überlegungen

zur verbindlichen Verankerung von Medienbildung in künftigen Studien- und Prüfungsordnungen. Mit Blick auf den bisherigen Stand der medienpädagogischen Qualifikation hält das Papier fest:

„Die derzeit gültigen Prüfungsordnungen an den Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs decken den dargestellten Qualifikationsbedarf nur ungenügend ab. Um die wichtigsten Punkte zu nennen:

- Die Medienbildung erfolgt vielfach arbiträr, da die zu vermittelnden Inhalte sehr allgemein formuliert sind und nur selten in Medienkompetenzen oder gar operationalisierbare Medienkompetenzen überführt werden. So wird etwa in der GHPO 1 Modul 1 und 3 des Faches Erziehungswissenschaft lediglich der Themenbereich ‚Medien im Unterricht/ Lernen mit Medien‘ genannt, ohne jegliche Konkretisierung. Hinweise auf Mediensozialisation sowie wichtige Aufgaben der Medienbildung fehlen vollständig.
- Vielfach fakultative Nennung der Medienthemen. Hierdurch kann keine zuverlässige Qualifikation von angehenden Lehrkräften in Medienfragen gewährleistet werden.
- Die Integration der Medienthemen divergiert bei den verschiedenen Fächern stark. Die erworbenen Medienqualifikationen sind in hohem Maße abhängig von der gewählten Fächerkombination.
- Medienpraktische Kompetenzen werden weder in einem Lehrgang noch durch verpflichtende Projekte oder mediengestützte Präsentationen gefördert und gefordert. So wird weder systematisch Medienwissen erworben noch erfolgt eine Anknüpfung dieses Wissens an praktisches Medienhandeln.“ (S. 4)

Die Landesfachschaft schlug auf dem Hintergrund dieser Analyse verschiedene Maßnahmen vor, um eine deutliche Verbesserung der Medienkompetenz und der medienpädagogischen Kompetenz bei Lehramtsstudierenden zu erreichen. Als zentrale Punkte wurden genannt (ebd.):

- Qualifikationsmaßnahmen im Bereich Medienbildung sind als verbindliche, prüfungsrelevante Studieninhalte zu realisieren.

- Ort der Vermittlung von Medienkompetenzen sind – in einem integrierten Modell – die Grundlagenfächer und die Fachdidaktiken. Dem Fach Erziehungswissenschaft kommt die Funktion eines Leitfachs für die Grundlegung medienpädagogischer Inhalte zu, basierend auf einer engen Kooperation mit den Fachdidaktiken.
- Durch Kooperationen mit Ausbildungsschulen und lokalen medienpädagogischen Initiativen im Bereich der Bildungs-, Kultur- und Sozialarbeit sollen die Studierenden bereits in der 1. Phase der Lehrerbildung die Chancen einer zeitgemäßen Medienbildung praxisnah erfahren.
- Bei allen Maßnahmen sind die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Studierenden zu berücksichtigen. Projektlernen und selbstentdeckendes Lernen sind in Verbindung mit individualisierenden Arbeitsformen und Übungen kontinuierlich zu fördern. Hierin sind auch virtuelle Lehr-Lern-Systeme sinnvoll einzubeziehen.

Fachtagung Medien in der Lehrerbildung

Im Laufe des Jahres 2007 startete die Abteilung Medienpädagogik an der PH Ludwigsburg eine Initiative zur Vorbereitung einer regionalen Fachtagung *Medien in der Lehrerbildung*, die am 10.10.2008 in Ludwigsburg stattfand. Die Tagung wurde in Zusammenarbeit mit Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung (GHS und RS), Pädagogischen Fachseminaren, dem Regierungspräsidium Stuttgart (Abt. 7, Schule und Bildung), der Landesfachschaft Medienpädagogik (PHen BW), dem Landesmedienzentrum (LMZ), dem Landesarbeitskreis der Medienzentrenleiter BW (LAK) und dem Interdisziplinären Zentrum für Medienpädagogik und Medienforschung (IZMM, PHL) vorbereitet. An der Tagung nahmen ca. 90 Personen aus verschiedenen Phasen der Lehrerbildung in Baden-Württemberg teil. In vier Arbeitsgruppen wurde diskutiert, welche grundlegenden Medienkompetenzen SchülerInnen benötigen und wie Lehrkräfte in den verschiedenen Phasen der Lehrerbildung medienpädagogisch qualifiziert werden können.

Die *Ludwigsburger Erklärung* fasste die Ergebnisse der Tagung zusammen und wurde im Dezember 2008 veröffentlicht; die Erklärung richtet sich vor allem an die bildungspolitische Öffentlichkeit in Baden-Württemberg. Eine zentrale Forderung der *Ludwigsburger Erklärung* ist die Verankerung eines medienpädagogischen Grundlagenmoduls in der künftigen Lehrerausbildung. Dieses Grundlagenmodul soll medienpraktische, medienerzieherische und mediendidaktische Inhalte umfassen und

mit Angeboten aus den einzelnen Fächern verknüpft werden. Damit soll erreicht werden, dass Lehrkräfte eigene Medienkompetenzen erwerben, vorhandenes Medienwissen der SchülerInnen besser in den Unterricht integrieren und in differenzierter Weise medienerzieherische Aufgaben wahrnehmen können.

Reaktionen aus dem politischen Raum

Aus dem politischen Raum gab es Unterstützung für das Anliegen der Landesfachschaft und die *Ludwigsburger Erklärung*, so vor allem von den medienpolitischen SprecherInnen der im Landtag von Baden-Württemberg vertretenen Parteien. Bereits am 24.04.2008 hatte der Ständige Ausschuss des Landtags einstimmig einen interfraktionellen Antrag verabschiedet, in dem u.a. steht, dass die „Aus- und Fortbildung im Bereich der Medienpädagogik (...) in allen pädagogischen Ausbildungsgängen an Hochschulen, pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen für Lehrer und Erzieher verpflichtend eingeführt werden [soll]“ (*Pressemitteilung* des Landtags vom 24.04.2008). An anderer Stelle heißt es: „In Kindergärten und Schulen sollen nach dem Willen der Antragsteller medienpädagogische Themen als verpflichtende und fächerübergreifende Inhalte der Lehrpläne festgeschrieben werden.“

Am 10.12.2008 antwortete die *Landesregierung* auf einen Beschluss des Landtags vom 05.06.2008, der auf den o.g. interfraktionellen Antrag zurückging. Zu dem Punkt, der auf die Situation der medienpädagogischen Qualifizierung in der Lehrerbildung Bezug nimmt, heißt es, dass – ergänzend zu den bestehenden Angeboten – „ab 2009 in den Vorbereitungsdiensten aller Lehrämter Teile der Ausbildung in Pädagogik / Pädagogische Psychologie im Blended Learning-Verfahren durchgeführt [werden]. Die angehenden Lehrkräfte werden so in der eigenen Ausbildung mit der Arbeit mit Lernplattformen vertraut gemacht und damit auf deren Anwendung im Unterricht vorbereitet“ (ebd., S. 2). Auf das Anliegen einer medienpädagogischen Grundbildung für alle angehenden Lehrkräfte wurde nicht eingegangen.

In einer weiteren *Stellungnahme der Landesregierung* vom 04.03.2009 auf einen Antrag des MdL Walter (GRÜNE) zur „Bedeutung von Medienpädagogik in Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie in der Lehramtsausbildung“ heißt es in Punkt 5 („Medienpädagogische Grundlagen in der Lehrerausbildung“): „Die Lehrerausbildung sowohl an den Universitäten als auch an den Pädagogischen Hochschulen beinhaltet Studienelemente, die Fragen und Konzepte der Medienpädagogik und Medienpsychologie aufgreifen und den Studierenden erste Kompetenzen im erzieherischen Umgang (Praxissemester bzw. Schulpraktika) mit neuen

Medien vermitteln. Im Rahmen des sich anschließenden Vorbereitungsdienstes an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung aller Schularten werden diese Kenntnisse aufgenommen, vertieft und im schulpraktischen Einsatz konkret umgesetzt“ (S. 7f.). Es ist die Rede von „Studienelementen“; die Frage einer verbindlichen medienpädagogischen Grundbildung wird auch in dieser Antwort nicht thematisiert. An anderer Stelle wird darauf verwiesen, dass es bei den aktuellen Beratungen zur Neustrukturierung der Lehramtsausbildung in Baden-Württemberg Fachkommissionen gebe, die für jedes Fach Studienmodule erarbeiten: „In den Eckpunkten ist die Medienkompetenz als eine Querschnittskompetenz formuliert und entsprechende Inhalte werden in den Modulen der Bildungs- und Erziehungswissenschaften und der Fächer ausgewiesen werden“ (ebd., S. 8).

Vorschlag für ein Grundlagenmodul Medienbildung

Die Landesfachschaft Medienpädagogik hatte bereits bei der Planung der Fachkommissionen die Einrichtung von Kommissionen zur Medienpädagogik für die Primarstufe und die Sekundarstufe I vorgeschlagen, einen Entwurf für ein **Grundlagenmodul Medienbildung** vorgelegt und die Bereitschaft erklärt, in entsprechenden Kommissionen mitzuarbeiten. Der Entwurf für ein Grundlagenmodul Medienbildung sieht vor, medienpädagogische Inhalte sowohl in den bildungswissenschaftlichen als auch in den fachwissenschaftlichen/fachdidaktischen Kompetenzbereichen zu verankern:

- zwei Bausteine/Veranstaltungen zu „Einführung Medienpädagogik“ und „Einführung Mediendidaktik“ im Rahmen der bildungswissenschaftlichen Kompetenzen (je 2 SWS);
- ein medienbezogenes Projektseminar in einem der zu studierenden Fächer *oder* aus dem interdisziplinären Studienangebot (2x2 SWS).

Der Entwurf beinhaltet Überlegungen zu dem Kompetenzprofil der einzelnen Bausteine, zu den Leistungsnachweisen und zu den personellen Ressourcen für die Umsetzung.

Leider griffen die Landesrektorenkonferenz und die zuständigen Vertreter im Kultusministerium den Vorschlag zur Mitwirkung von VertreterInnen der Medienpädagogik in Fachkommissionen nicht auf. Als Begründung wurde darauf hingewiesen, dass es neben Medienpädagogik noch andere Querschnittskompetenzen wie ‚Interkulturelle Kompetenz‘, ‚Gesundheitserziehung‘ etc. gebe und die Fachkommissionen zahlenmäßig zu groß für die Beratungen würden, wenn für alle Querschnittskompetenzen VertreterInnen mitarbeiten. Aktuell laufen noch die Beratungen. Äußerungen seitens des

Kultusministeriums deuten darauf hin, dass insbesondere im bildungswissenschaftlichen Bereich ein Studium von Querschnittskompetenzen vorgesehen ist, zu denen auch ‚Medienkompetenz‘ gehören soll. Allerdings ist diesen Äußerungen bislang nicht zu entnehmen, dass Medienkompetenz ein für alle Studierenden verbindlicher Qualifikationsbereich sein soll. Dies ist umso verwunderlicher, zumal die Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung 2006 festhielt, dass der „konstruktive Umgang mit Medien“ eine „zentrale Schlüsselqualifikation“ sei (S. 29) und in den letzten Wochen eine Kampagne für ein *Kindermedienland Baden-Württemberg* startete.

Problemfelder

Meines Erachtens war es ein Fehler, dass gegen Ende der „Medienoffensive II“ im Kultusministerium das Medienreferat aufgelöst wurde. Es gibt zwar eine Ansprechpartnerin im KM für den Fortbildungsbereich (Medien) aber niemand, der einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich der Medienbildung und Medienerziehung hat. Auch wäre aus meiner Sicht die interministerielle Kooperation und Koordination auf diesem wichtigen Aufgabengebiet zu optimieren, insbesondere zwischen dem Kultus- und Wissenschaftsministerium. Wenn aus den Reihen von Landtagsabgeordneten Anfragen und Anträge zu Medienerziehung, präventivem Jugendmedienschutz, Medienbildung in verschiedenen Bereichen gestellt werden, verweist die Landesregierung auf bestehende Angebote und Projekte. Es gibt auch Initiativen und finanzielle Mittel für einzelne Projekte, aber es fehlt eine längerfristige Planung im Bereich der Medienbildung. Dies betrifft vor allem strukturelle Fragen, die über einzelne Projekte und Förderschwerpunkte hinausreichen wie z.B. die Sicherstellung einer medienpädagogischen Grundbildung von ErzieherInnen und Lehrkräften. Auch bei der Fort- und Weiterbildung des Leitungspersonals (Kindergärten und Schulen) ist Medienbildung bislang kein fester Bestandteil.

Gerade im Hinblick auf bildungsbenachteiligte Sozialgruppen ist bekannt, dass viele der bestehenden Beratungs- und Informationsangebote diese Gruppen kaum erreichen. Die besten Broschüren und Internetportale helfen hier nur sehr begrenzt – notwendig ist eine theoretisch fundierte und zugleich praxisnahe Ausbildung von pädagogischen Fachkräften, um diese in die Lage zu versetzen, vor Ort in der direkten Kommunikation mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Aufgaben der Medienbildung und Medienerziehung kompetent und situationsgerecht wahrnehmen zu können. Es reicht auch nicht aus, bestehende Angebote und Projekte zu vernetzen - an sehr vielen Orten fehlen entsprechende Angebote und kompetentes Personal, um Medienbildung breitenwirksam zu entwickeln.

Querschnittskompetenzen und Handlungsorientierung stärker fördern

Bei den weiteren Beratungen der Fachkommissionen sind Lösungen zu finden, die wichtige Querschnittskompetenzen in der künftigen Lehrerbildung besser berücksichtigen. Medienkompetenz, interkulturelle Kompetenz, Gesundheitserziehung, Diagnose und Förderung gehören alle zu einer Grundausbildung pädagogischer Fachkräfte. Eine einseitige Orientierung des Lehramtsstudiums an dem Fächerprinzip ist nicht zeitgemäß. Notwendig sind die Aufwertung interdisziplinärer und fachübergreifender Themen und insgesamt eine Aufwertung des Lehramtsstudiums, insbesondere im Primarbereich (bislang nur 6 Semester). Studierende sind besser auf Formen eines handlungs- und projektorientierten Unterrichts vorzubereiten, der den 45-Minuten-Rhythmus überwindet und erheblich mehr außerschulischer Partner und Lernorte einbezieht. Bildung und Lernen über und mit Medien eröffnet hierfür vielfältige Möglichkeiten in Verknüpfung mit unterschiedlichen Themen und Unterrichtsprojekten. Hier bedarf es medienpädagogisch qualifizierter Lehrkräfte, die über eigene Medienkompetenz, Wissen zum Sozialisationshintergrund von Kindern und Jugendlichen sowie medienerzieherische und mediendidaktische Kompetenzen verfügen. Die Reflexion über die Bedeutung der Medien sowie die Selbstreflexion über das eigene Medienverständnis sind zugleich wichtig für ein zielgruppenbezogenes pädagogisches Handeln, das auch alters-, bildungs-, geschlechts- und milieubezogene Unterschiede berücksichtigt.

Forderung nach einer Mediengrundbildung wird bundesweit aufgegriffen

Im vergangenen Jahr nahmen auf Bundesebene Bestrebungen deutlich zu, die sich für eine breitenwirksame und nachhaltige Förderung von Medienpädagogik und Medienbildung einsetzen. So veröffentlichten wichtige Fachgesellschaften und Einrichtungen 2009 ein *Medienpädagogisches Manifest*, in dem ebenfalls eine medienpädagogische Grundbildung als verbindlicher Bestandteil der pädagogischen Ausbildung gefordert wird. Ein Bericht der Expertenkommission des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zum Thema *Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur* formulierte zum Ort und zur Umsetzung von Medienbildung:

„Lösungen dafür, wie Medienbildung verpflichtend und flächendeckend verankert und gewährleistet werden kann, müssen in der Bildungspolitik verstärkt diskutiert werden.

Gerade in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung fehlt es bislang in nahezu allen Bundesländern an einer verbindlichen Mediengrundbildung. Für alle Lehramtsstudierenden muss – unabhängig von fachspezifischen Vertiefungen – eine Mediengrundbildung gewährleistet sein (Medienkompetenz als Querschnittskompetenz im Rahmen der Verknüpfung von bildungswissenschaftlichen und fachwissenschaftlichen/-didaktischen Kompetenzbereichen). Der Generationenwechsel in der Lehrerschaft bietet dazu eine besondere Chance. Eine solche Grundbildung würde eine wichtige Voraussetzung schaffen, damit pädagogische Fachkräfte junge Menschen motivieren können, Medien als Bildungsressource für Erfahrungs- und Lernprozesse in Schule, Arbeitswelt und Freizeit aktiv und reflexiv zu nutzen“ (S. 9).

Es ist zu hoffen, dass die Verantwortlichen in Fachgremien und Bildungspolitik in Baden-Württemberg die vorhandenen Vorschläge zu einer Mediengrundbildung im Rahmen der Neustrukturierung der Lehramtsausbildung aufgreifen und die aktuelle Chance nutzen, um auf Landesebene und auch bundesweit ein Zeichen für die Reformfähigkeit des Bildungssystems zu setzen. Die breitenwirksame Verankerung von Medienpädagogik und Medienbildung bedeutet mehr Demokratie in der Bildung, mehr Förderung von Schülerinnen und Schülern aus bildungsbenachteiligten Sozialgruppen und trägt dazu bei, das kreative Potenzial von Medien für Selbstausdruck, soziale Kommunikation, gesellschaftliche Teilhabe und die Entwicklung von Ausbildungs- und Erwerbsfähigkeit zu erschließen.

Horst Niesyto

Prof. Dr., ist Leiter der Abteilung Medienpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, Sprecher der Kommission Medienpädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) und Sprecher der Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“.

E-mail: niesyto@ph-ludwigsburg.de

Website: www.ph-ludwigsburg.de/1024.html